

Umwelt

Pipeline-Unfall bei Lichtenborn – Eifelkreis will Geld vom Bund zurück

18. Mai 2021 um 16:03 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Vieles ist noch unklar im Zusammenhang mit dem Pipeline-Unfall bei Lichtenborn. Fakt ist: Die beschädigte Leitung ist vom Tanklager bei Stalbach gekommen. Foto: TV/Christian Altmayer

Lichtenborn. Vor zweieinhalb Jahren hat sich eine Treibstoff-Leitung bei Lichtenborn über ein Feld ergossen. Warum die Kreisverwaltung jetzt eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland anstrebt.

Von Christian Altmayer

Es ist zweieinhalb Jahre her, seit Bauarbeiter bei Lichtenborn versehentlich eine Leitung beschädigt haben. Und sich literweise giftiger Treibstoff über einen Acker und einen Radweg nahe des Ortsteils Stalbach ergoss. Doch noch immer ist das letzte Wort nicht gesprochen. Im Gegenteil: Es kommt langsam erst richtig Bewegung in den Streit um den Unfall vom Herbst 2018.

Denn die Kreisverwaltung hat sich entschieden, vor dem Landgericht Koblenz gegen die Bundesrepublik Deutschland zu klagen. Das Verfahren laufe, heißt es von Pressesprecher Thomas Konder. Ein Prozesstermin stehe aber noch nicht fest.

Es geht dem Eifelkreis darum, die rechtliche Verantwortlichkeit für den Unfall zu klären. Und letztlich um eine halbe Million Euro, die die Kommune seinerzeit für das Abbaggern Tausender Tonnen belasteter Erde gezahlt hat. „Der Eifelkreis ist derzeit auf mehreren Verfahrenswegen damit befasst, eine Kostenerstattung geltend zu machen“, schreibt Pressesprecher Thomas Konder.



Keiner will's gewesen sein

Pipeline-Unfall Lichtenborn: Ermittlungen laufen weiter

Letztlich wird sich die Verhandlung in Koblenz wohl um die Frage drehen, wie aus einer angeblich stillgelegten Pipeline vom Tanklager Stalbach dermaßen viel Sprit austreten konnte, warum die Röhre nicht ordnungsgemäß gespült und geleert wurde und wer hier also seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.

Naheliegender ist es, die Schuld beim Bund zu suchen, genauer: bei der für militärische Liegenschaften zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Dort weist man die Vorwürfe allerdings zurück. Man habe 1992 nach Abzug der Franzosen die Stilllegung in die Wege geleitet, lautet die Position der Bonner Behörde.



Doch nicht nur der Lichtenborner Ortsbürgermeister Alois Leick und der Arzfelder VG-Chef Andreas Kruppert haben Zweifel daran, dass die Röhren leer sind. Sie fordern, beim geplanten Abriss des Lagers auch gleich die unterirdischen Leitungen zu entfernen.



Umwelt

Nach Pipeline-Unfall in Lichtenborn - Wurde hier gepfuscht?

Auch Agnes Tillmann-Steinbuß, Vorsitzende der Bitburg-Prümer Kreisgruppe des Bundes für Umwelt und Naturschutz, spricht sich dafür aus, die Pipelines zu entsorgen: „Diese stillgelegten, nicht endgültig zurückgegebenen militärischen Liegenschaften und Leitungen sind immer ein besonders großes Sicherheits-Problem.“

Fraglich ist, wer davon gewusst haben könnte, dass die Rohre dort liegen. Und dass noch etwas drin sein könnte. Licht ins Dunkel sollen nun die Koblenzer Richter bringen. Parallel laufen zudem Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Trier und ein Zivilverfahren in gleicher Sache.

Eine Landwirtin wollte sich von der Verbandsgemeinde Schadenersatz vor Gericht erstreiten. Die Klage wurde aber abgewiesen. Nun überlegt die Stalbacherin stattdessen rechtlich gegen den Bund vorzugehen.